

## Bündnis Frankfurt für Frauen\*rechte

c/o Beatrix Baumann  
Oppenheimer Str. 17  
60594 Frankfurt/M.



Pressemeldung 17.10.2018

### **Freier Zugang zu Beratung - 150 Meter Schutzzone jetzt!**

Mit diesen Forderungen ruft das Bündnis Frankfurt für Frauenrechte zur Kundgebung für Samstag, den 20.10.2018, um 12 Uhr, an der Hauptwache auf.

„Wir fordern die künftige Landesregierung auf, den gesetzlich geforderten, unbeeinträchtigten Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung und die Wahrung der grundlegenden Persönlichkeitsrechte ungewollt schwangerer Frauen per Verordnung sicherzustellen.

Wir fordern die künftige Landesregierung und die neu gewählten Mitglieder des Landtags auf, eine 150 Meter Schutzzone um Beratungsstellen in die Ausführungsbestimmungen zum Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz aufzunehmen.“ erklärt Ulla auf der Heide, eine der Sprecherinnen des Bündnisses.

„Schon zum vierten Male belagern sogenannte Mahnwachen fundamentalistischer Abtreibungsgegner die Beratungsstelle von pro familia in der Palmengartenstraße - seit dem 26.9.2018 und erneut für 40 Tage Sie verwehren Frauen den freien und unbeeinflussten Zugang zu Beratung. Die Situation in Frankfurt ist für ungewollt schwangere Mädchen und Frauen und die Beratungsstelle pro familia unerträglich und inakzeptabel.“ so auf der Heide. „Wir sind dankbar, dass wieder täglich viele Menschen mit uns vor pro familia Flagge zeigen gegen die Obstruktionen der fundamentalistischen Gruppierungen und für das Recht auf freien Zugang zu Beratung.“

Frankfurt ist und Frankfurt bleibt stark für Frauenrechte. Das Bündnis hat inzwischen über 600 Unterstützer\*innen. Täglich kommen neue aus allen Teilen der Gesellschaft und jeden Alters dazu. Und alle sind fassungslos über das Auftreten dieser Gruppierung und deren Versuch, die ratsuchenden Frauen zu drangsalieren.

In Frankfurt zeigt sich aber auch, dass die Wahrung grundlegender Persönlichkeitsrechte ungewollt schwangerer Frauen nicht in das Belieben kommunaler Versammlungsbehörden und Rechtsämter gestellt sein darf. „Wenn sich Ordnungsbehörden in die Auffassung versteigen, Frauen müssten ja nur den Blick senken, um der Ansprache durch emotional gestaltete Großplakate zu entgehen, dann ist das höhnisch und frauenverachtend. Es ist die erklärte Absicht der Mahnwachen, Frauen mit den Gebeten und Plakaten anzusprechen und zu beeinflussen, es geht keineswegs nur darum, öffentlich auf Anliegen aufmerksam zu machen.“ so Brigitte Ott, ebenfalls Sprecherin des Bündnisses.

Beratungsstellen brauchen einen unbeeinträchtigten, anonymen und vertraulichen Zugang. Jede Art von Einflussnahme und Ansprache während der Beratungszeiten muss durch die Einrichtung

einer 150 Meter Schutzzone ausgeschlossen werden. Die Einschränkung des Versammlungsrechts ist ein schwerwiegender Eingriff in die demokratischen Rechte, den auch wir grundsätzlich schwierig finden. Aber Persönlichkeitsrechte, das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung sind elementare Grundrechte, Menschenrechte, die in einer Demokratie nicht weniger schützenswert sind, insbesondere wenn Betroffene in einer existenziellen Konfliktsituation nicht die Möglichkeit haben, ihre Rechte durchzusetzen. Der Rechtsweg, also eine Klage gegen die Entscheidung der Versammlungsbehörde, ist für Frauen, die die Schwangerschaftskonfliktberatung aufsuchen, faktisch ausgeschlossen, weil er mit der Aufgabe der gesetzlich zugesicherten Anonymität verbunden wäre.

„Es kann nicht länger nur Aufgabe einer engagierten Zivilgesellschaft oder einer engagierten Frauenärztin wie Kristina Hänel sein, in dieser ungleichen Auseinandersetzung für das Recht von Frauen auf ergebnisoffene Beratung und auf umfassende Information einzustehen. Und es ist zu befürchten, dass sich fundamentalistische Gruppen bestärkt fühlen, auch in anderen Städten solche Aktionen zu starten, wenn jetzt kein deutliches rechtliches Signal gesendet wird.“ ergänzt Ott.

„Mit der Kundgebung wollen wir ein starkes Signal an die Landespolitik geben zu handeln. Wir werden nach der Wahl die neu gewählten Mitglieder des Landtages und der Regierung in die Pflicht nehmen. In Hessen muss gelten: Freier Zugang zu Beratung, 150 Meter Schutzzone - in Frankfurt und überall, wo Beratungsstellen sind.“ so auf der Heide und Ott abschließend.

Für Rückfragen:

- Ulla auf der Heide, Frauenpolitische Sprecherin, Die Grünen im Römer, uadheide@web.de
- Beatrix Baumann, Vorstandssprecherin Bündnis 90 / Die Grünen Frankfurt, beatrixbaumann@aol.com
- Brigitte Ott, Geschäftsführerin, pro familia Landesverband Hessen, brigitte.ott@profamilia.de